

Nationale Sicherheit und Leadership : ein Wunschtraum

Autor(en): **Regli, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 11

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69305>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nationale Sicherheit und Leadership: ein Wunschtraum

Europa und die übrige Welt stehen im Banne der allgemein bekannten, aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Insbesondere der durch Brutalität und Menschenverachtung geprägte und alle gängigen Spielregeln missachtende islamistische Terrorismus verunsichert Bevölkerungen und Regierungen. Letztere scheinen diesen Herausforderungen immer weniger gewachsen zu sein.

Peter Regli

Ich träumte: «Die Schweizer Regierung nimmt diese Lage sehr ernst. Sie will, in Anbetracht der Stimmung im Lande, das verlorene Vertrauen bei Wirtschaft und Bevölkerung mit klarer Führung (Leadership) zurückgewinnen. Sie ist sich der Verwundbarkeit des demokratischen Rechtsstaates gegenüber den asymmetrischen Herausforderungen, hauptsächlich nach 9/11 (USA) und 3/11 (Madrid), bewusst geworden. Der Bundesrat hat die neuesten Erkenntnisse aus dem globalen Terrorkrieg und insbesondere aus dem im August 2004 erschienenen 9/11-Schlussbericht der US Senatskommission durch eine Expertenkommission gründlich auswerten lassen. In einer internen Klausur wurden daraus Folgerungen für die nationale Sicherheit definiert. Unsere nationalen Interessen wurden intensiv besprochen, überprüft und zum Teil neu definiert. Es wurde festgelegt, dass in den Sitzungen der Lenkungsgruppe Sicherheit wie auch des Sicherheitsausschusses des Bundesrates primär die Wahrung der nationalen Interessen und daraus folgend Strategieschöpfungsmodelle besprochen werden sollen. Der Orientierung durch die Nachrichtendienste und den daraus zu definierenden Nachrichtenbedürfnissen des Bundesrates soll dabei hohe Priorität gewährt werden.

Die Bundeskanzlei wird beauftragt, pro Halbjahr eine 48 Stunden dauernde strategische Führungsübung für den Bundesrat zu organisieren. Alle Mitglieder der Landesregierung werden unter Zeitdruck, mit aktuellen Szenarien, in der Technik des Denkens des Udenkbaren, dem Erwarten von Unerwartetem und im Krisenmanagement beübt. Die Resultate aus diesen Ausbildungszyklen werden in Form von individuellen Leistungsanalysen, in einem internen Bericht, ohne Kopien für die Sonntagsmedien, festgehalten.

Die Departemente, welche Sicherheit produzieren, haben diesen Elan der Regierung in der Beurteilung der Lage genutzt und unverzüglich, unbürokratisch eigene Anpassungen vorgenommen.

Die verantwortungslosen Entscheide der Aera Ogi im Bereich Nachrichtendienste werden nachhaltig korrigiert. «Glasnost im Nachrichtendienst» wird offiziell als Unwort vom Begriffskatalog gestrichen. Der Nachrichtendienst wird durch die oberste politische Führung wieder als «erste Ver-

teidigungslinie» anerkannt. Der strategische Nachrichtendienst beim Chef VBS wird erneut dem Direktor des militärischen Nachrichtendienstes unterstellt. Somit hat die Armee (nach dessen Verlust im Jahr 2000) wieder einen eigenen, leistungsfähigen Nachrichtendienst. Die Armee beschränkt sich auf ihre Kernkompetenz. Wehrmänner werden ausschliesslich als Wehrmänner eingesetzt. Botschaftsbewachungen gehören definitiv zum Grundauftrag der Polizei. Die Katastrophenhilfe, das Pistenstampfen bei Skirennen, der Parkplatzdienst bei Grossanlässen, die Hilfsdienste bei Masters Golfturnieren und das Betreuen von Ferienlager werden durch den Bevölkerungsschutz (allenfalls verstärkt durch den Zivildienst) sichergestellt.

Der Chef des Dienstes für Analyse und Prävention im Bundesamt für Polizei wird zusätzlich zum nationalen Nachrichtenkoordinator ernannt und hat in dieser Eigenschaft, als «Frühwarner», jederzeit direkten Zugang zum Bundespräsidenten. Der amtierende Nachrichtenkoordinator im VBS verlässt den Bundesdienst im gegenseitigen Einvernehmen.

Bund und Kantone haben sich trotz grosser Widerstände geeinigt, in Anbetracht der sich verschlechternden allgemeinen Sicherheitslage, die durch USIS erkannten Lücken im Polizeiwesen doch zu schliessen. Der Bund stellt die notwendigen Mittel bereit, um den Kantonen in den kommenden fünf Jahren 1200 Polizeistellen zu finanzieren. Das Geld geht zu Lasten des Budgets des VBS. Die Polizeikorps erhalten zusätzliche Befugnisse, um präventiv Nachrichten beschaffen und suspekten Personen kurzfristig anhalten zu können, mit dem Ziel, dem Terrorismus die Operationen im Vorfeld von Angriffen zu erschweren.

Den durch die politischen Entscheide der letzten 14 Jahre stark geschwächten Nachrichtendiensten werden zusätzliche Mittel und Kompetenzen gegeben. Die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen für präventives Handeln wird durch das Bundesamt für Justiz bearbeitet. Das Dispositiv der Verteidigungsattachés im VBS wird reduziert. An Stelle der aus dem Ausland zurückgerufenen Offiziere werden nachrichtendienstliche Residenten eingesetzt.

Die SP und die Grüne Partei machen sich auf Grund der Ängste in der Bevölkerung Sorgen um die Sicherheit ihrer WählerInnen. Sie beantragen dem Bundesrat die Bildung einer nationalen Polizei, abge-

stützt auf die Militärpolizei, mit ähnlichen Aufgaben und Befugnissen wie die italienischen Carabinieri. Mit der statistisch belegbaren Zunahme von Gewalt, insbesondere der Ausländerkriminalität, will man Kantonsgrenzen überschreitend mehr Polizeipräsenz ermöglichen und rascheres Handeln sicherstellen. Die CVP springt auf den Wagen auf und unterstützt die Vorlage. Die FDP («meine» FDP) überlegt sich ernsthaft, ob das Thema «nationale Sicherheit» nicht doch im Parteiprogramm der kommenden fünf Jahre enthalten sein sollte.

Die SVP schaut diesem Treiben interessiert zu und unterstützt ihren Justizminister in seinen Bemühungen, in Libyen und Mazedonien die Öffnung von durch die Schweiz finanzierte Aufnahmezentren für renitente, illegale, papierlose Migranten zu realisieren.

Und die Medien? Diese haben festgestellt, dass ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung einen Tiefpunkt erreicht hat. Sie sind sich bewusst, dass wieder vermehrt objektive Berichterstattung und weniger Manipulation in die tägliche Arbeit einfließen muss. Mutige Medienleute haben den «Journalistenpranger» gegründet. Dieser «mediale Gerichtshof» soll schwarze Schafe, Falschmelder, welche den guten Ruf der korrekt arbeitenden Journalisten regelmässig beeinträchtigen und durch ihre Untaten viel Schaden anrichten, verurteilen und einzeln öffentlich massregeln. Immer mehr wird auch eine journalistische Produkthaftung gefordert. Die inskünftige Sicherheitslage wird ausschliesslich begleitet durch eine pflichtbewusste, wahrheitsgetreue und von ethischen Grundsätzen geprägte Medienarbeit.

Wo stehen in diesem Wunschtraum die Bürgerinnen und Bürger? Diese denken wieder mehr ans Gemeinwohl, sie besinnen sich zurück an die Werte und Vorzüge ihres Landes und seines Volkes, sie verlassen die reine Spassgesellschaft und sind erneut bereit zu dienen und zur Übernahme von mehr Verantwortung. Frau und Herr Schweizer bewegen sich im täglichen Leben mit einem gesunden Misstrauen gegenüber potentiellen Gefährdungen, schauen aber auch gleichzeitig wieder zuversichtlicher in die Zukunft.»

Und zum Schluss: Wunschträume können, glücklicherweise, nicht verboten werden!



Peter Regli,
Dipl. Ing. ETHZ,
Divisionär aD,
3067 Boll.